

Magisterarbeit am Fachbereich Kommunikationswissenschaft
Paris-Lodron Universität Salzburg
Mag. Elisabeth Schachtner

Thema:

**Die Bedeutung von politischer Öffentlichkeitsarbeit
für die mediale Darstellung der Europäischen Union.**

Eine Input-Output-Analyse am Beispiel
der österreichischen Regierungsverhandlungen 2008.

Relevanz der Arbeit und Motivation

Um den Erhalt des Friedensprojekts „Europa“ zu sichern, genügt es nicht eine ausschließlich wirtschaftliche und politische Integration voranzutreiben. Neben diesen beiden wichtigen Aspekten gilt es ebenfalls die soziale Integration in Europa zu stärken und zu überlegen, unter welchen Bedingungen eine europäische Identität und ein „Wir-Gefühl“ in Europa entstehen kann. Betrachtet man die einschlägige Fachliteratur, die sich mit dem Phänomen der Entstehung einer „europäischen Öffentlichkeit“ beschäftigt, wird deutlich, dass vor allem eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten realistisch erscheint. Dies bedeutet, dass die nationalen AkteurInnen mehr und mehr Europa-Themen in den öffentlichen Diskurs aufnehmen, woraus sich eine Verlagerung der nationalen Öffentlichkeit auf eine europäische Ebene herauskristallisieren kann. Das Ziel dieser Magisterarbeit war es, herauszufinden, welche Rolle die nationalen politischen AkteurInnen in diesem Zusammenspiel einnehmen und wie diese durch gezieltes Kommunikationsmanagement die vermehrte Festigung und Verankerung von EU-Themen im nationalen Kommunikationsraum unterstützen können. Europapolitik zu vermitteln und die Union den BürgerInnen näher zu bringen kann vor allem dann gelingen, wenn die nationalen politischen VertreterInnen ihre Verantwortung als Mitwirkende im Prozess der Herstellung von Öffentlichkeit wahrnehmen.

Beschreibung der Arbeit

Im Zuge der wachsenden ökonomischen und politischen Integration Europas wird die Debatte um eine gleichwertige Europäisierung der Öffentlichkeit immer lauter. Damit in Verbindung steht das häufig beklagte „Öffentlichkeitsdefizit“ beziehungsweise die Kritik, dass in Europa eine gewisse Bürgernähe fehle. (Vgl. Latzer/Saurwein 2006) Da Öffentlichkeit nur durch das Zusammenspiel von Politik, Medien und dem Publikum entstehen kann, galt es, die Prozesse des politischen Kommunikationssystems zu untersuchen, um der Beantwortung der Frage näher zu kommen, ob eine europäische Öffentlichkeit, die ohne Zweifel eine Notwendigkeit für den sozialen und demokratischen Zusammenhalt darstellt, bereits existiert oder erreicht werden kann.

Vor dem Hintergrund der österreichischen Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ im

Herbst 2008, wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit der Bedeutung von politischer Öffentlichkeitsarbeit für die Darstellung und Bewertung der EU in der Medienberichterstattung auf den Grund gegangen. Der künftige EU-Kurs der beiden Parteien stellte eines der zentralen Verhandlungsthemen dar und die jeweiligen Stellungnahmen wurden mittels Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert, was für einen entsprechenden medialen Widerhall sorgte. Die Frage, die sich hierbei stellte, war, wie sich die Beziehungsstruktur zwischen Politik und Medien gestaltet und ob von einer deutlichen Einflussnahme des einen Systems auf das andere gesprochen werden kann. In der empirischen Untersuchung wurde das Beziehungsverhältnis von Journalismus und politischer Öffentlichkeitsarbeit anhand einer Input-Output-Analyse von Pressemitteilungen der Parteien und den Medienberichten in drei ausgewählten österreichischen Tageszeitungen geprüft. Eine Ausgangshypothese war, dass sich ein signifikant hoher Anteil der ausgeschickten Pressemitteilungen in der medialen Berichterstattung wieder finden würde. Weiters wurde angenommen, dass die Mehrzahl der verwendeten Pressemitteilungen im Medienbericht durch Zusatzrecherchen ergänzt werden würden, was eine Stützung der Objektivität im Journalismus mit sich brächte. Ein Kriterium, das für die positive Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten wesentlich erschien, war zudem die Bewertung der EU in den Pressemitteilungen mit jener der Medienberichte zu vergleichen, um einen Zusammenhang zwischen dem medial vermittelten EU-Bild und der Stimmung zur EU in der Bevölkerung herstellen zu können.

Im Zeitraum der Koalitionsgespräche von 20. Oktober bis 24. November 2008 wurden insgesamt 58 Pressemitteilungen von SPÖ und ÖVP sowie 58 Medienberichte in den Salzburger Nachrichten, der Kronenzeitung dem Standard anhand von zwei, für die Untersuchung entwickelten, Kategoriensysteme analysiert. Die Ergebnisse der Untersuchung ergaben, dass knapp die Hälfte (48 Prozent) aller Medienberichte auf die Inhalte von Pressemitteilungen der Parteien zurückzuführen waren. Weiters zeigte sich, dass in immerhin 89 Prozent der Artikel, die eine Pressemitteilung als Quelle verwendeten, Zusatzrecherchen erkennbar waren. Im Hinblick auf die Bedeutung der politischen Öffentlichkeitsarbeit für die Medienberichterstattung zur EU ließ sich festhalten, dass den nationalen politischen AkteurInnen zwar die Aufgabe der Informationslieferung an die Medien zukommt, jedoch nicht von einer überwiegenden Einflussnahme auf die AkteurInnen des Mediensystems gesprochen werden kann. Bei der Bewertung der EU stellte sich heraus, dass diese von den Parteien meist positiv dargestellt wurde, sich jedoch diese Bewertung nicht immer in der Medienberichterstattung widerspiegelt hat. Hier konnte vor allem ein deutlicher Unterschied zwischen den einzelnen Tageszeitungen festgestellt werden. Während die Europäische Union und ihre Institutionen in den Salzburger Nachrichten und im Standard eher positiv bzw. neutral dargestellt wurden, zeichnete sich in der Kronenzeitung ein vermehrt negatives Bild ab. Betrachtet man diese Tatsache im Hinblick auf das Fehlen eines europäischen Bewusstseins innerhalb der österreichischen Bevölkerung, kann unter Beachtung der Bedingungen für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit ein Zusammenhang

zwischen der negativen Berichterstattung über die EU und einer bestehenden Europa-Skepsis angenommen werden. Um die Bedingungen für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit zu schaffen, bedarf es deshalb der Einbeziehung aller AkteurInnen des politischen Kommunikationssystems. Weiters konnte ein deutlicher Bedarf nach der Verbesserung des Kommunikationsmanagements zwischen EU-VertreterInnen und nationalen PolitikvermittlungsexpertInnen konstatiert werden. In Bezug auf die Vermittlung von europapolitischen Themen und die daraus folgende Herstellung von Öffentlichkeit kommt nationalstaatlichen AkteurInnen zweifelsohne eine große Verantwortung zu. Mit dieser Magisterarbeit wurde das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur Untersuchung der Prozesse des politischen Kommunikationssystems zu leisten, wobei die Bedeutung der nationalen AkteurInnen für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit hervorgehoben werden konnte.